

# Die Baugewerkschaft

## Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müldersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:  
Berlin O., Müldersdorferstraße 60  
Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.  
Schluß der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.  
Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne  
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 M.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.  
Anzeigenpreis: die viergespaltene Pettizelle 40 Pfg.

Nummer 6.

Berlin, den 9. Februar 1908.

9. Jahrgang.

### Inhaltsverzeichnis.

„Vorwärts“, „christliche Arbeiter“, „preussische Wahlrechtsreform“. — Jahresbericht des Bezirks Königsberg i. Pr. Rundschau: Horrende Gewinne. Verschmelzung der Handlungskassenverbände. Ueber die Neuregelung der Sonntagsgewerkschaften und Werkmeisterstand. Eine Bauarbeiterschutzdebatte. Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Berlin. 1. Hg. Köln Duisburg. Eich. Weilmann. Gütersloh. Hamm. Hagen. Krefeld-Dippum. Marloffstein. M. Glöckner. Waals. Witten. — Aus Arbeitgebervereinigungen. — Soziales. — Wirtschaftliches. — Von den Arbeitssstellen. — Briefkasten. — Veranstaltung der Redaktion. — Bekanntmachungen. — Arbeitstafel. — Anzeigen.

### „Vorwärts“, „christliche Arbeiter“, „preussische Wahlrechtsreform“.

Wir waren fast verwundert, als wir die Nummer 21 des „Vorwärts“ vom 25. Januar d. Js. erhielten, in welcher sich selbe mit der preussischen Wahlrechtsreform und den christlichen Arbeitern beschäftigte. Wir stellten uns die Frage, wie kommt das Blatt zu einem derartigen Monolog? Glaubt dasselbe wirklich mit seinen Ausführungen Eindruck bei den christlichen Arbeitern hervorzurufen, oder sie gar mit in die Wahlrechtsdemonstrationen hineinzuziehen? Wir mußten das annehmen. In dieser Selbsttäuschung des „Vorwärts“ mit all ihren Qualitäten Ende zu bereiten, sind wir so gefällig, ihn von dieser schweren Last zu befreien.

Unsere Stellung in der preussischen Wahlrechtsfrage ist bekannt. Wir erachten das preussische Landtagswahlrecht als ein gerechtes und unzeitgemäßes. Es bedeutet einen unhaltbaren Zustand in einem Staate die Mehrheit des Volkes von der Verwaltung und parlamentarischen Vertretung fernzuhalten. Gerechter noch deshalb, als diese Mehrheit einerseits ihre Pflichten als Staatsbürger zu erfüllen hat, andererseits die Konsequenzen der auf einem Privileg beruhenden Gesetzgebungsrechte mitzutragen gezwungen ist. Daß wir daher das allgemeine gleiche und geheime Wahlrecht für angemessen erachten, ist selbstverständlich. Das entspringt auch schon unserer prinzipiellen Stellung, der Gleichberechtigung des Arbeiterstandes mit anderen Ständen. Wir haben diesen unseren Standpunkt bereits früher hervorgehoben, wie das auch der „Vorwärts“ durch Berufung auf die „Baugewerkschaft“ selbst dokumentiert.

Insofern besteht also Klarheit, und gelingt es auch dem „Vorwärts“ nicht, das hinwegzudisputieren; seine Bemerkung in der Gesinnungslosigkeit treffen daher auch vollständig das. Ueberhaupt haben wir keinen horrenderen Blödsinn gesehen, wie den, die christlichen Führer täten sich dann auf berüchtigte Neutralität berufen, wenn sie zu feige wären, Rechte der Arbeiter gegen das „Zentrum“ zu vertreten. Ob solche Leute wollen dann noch ernst genommen werden. Ob auch nur einigermaßen Verstand und Größe im Kopf hat, ob doch wissen, daß der Zentrumspartei eine Veränderung des Wahlrechtes in Preußen nach der verlangten Richtung nur willkommen sein kann, da sie bei einer solchen nur zu gewinnen hat. Wir haben hier jedoch nichts mit Zentrumspartei zu tun; die christlichen Arbeiter, welche politisch derselben angehängt, werden schon an anderer Stelle sich zu verteidigen wissen. Wir erwähnen das nur, um die Tendenz der Schreiberei des „Vorwärts“ zu charakterisieren.

Unverhohlenen Mergers hat dem „Vorwärts“ die Feder gezeugt. Warum beteiligen sich die christlichen Arbeiter nicht an den von der Sozialdemokratie veranstalteten Wahlrechtsdemonstrationen? Ja, warum beteiligen sie sich daran nicht? Ganz einfach: Die christlichen Arbeiter lehnen es ab, sich von der Sozialdemokratie kommandieren zu lassen. Die christlichen Organisationen sind selbstständig genug, um zu wissen, was sie zu tun und zu lassen haben. Und das sei hiermit festgestellt, daß die christlichen Gewerkschaften auch nicht im entferntesten neigt sind, in diese Frage aktiv einzugreifen. Unser Standpunkt in der Frage ist klar, wir überlassen es jedoch unseren Mitgliedern in den politischen Parteien, denen sie angehören, die bestmögliche Stimme zu ertönen. Einen anderen Weg gibt es bei der Zusammenfassung und den eigentlichen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften nicht, und wir glauben uns damit auf dem richtigen Wege zu befinden. Damit ist die Wahlrechtsfrage den Instanzen überlassen, denen ihre Behandlung und Erledigung in erster Linie obliegt.

Und wir befinden uns damit in guter Gewissheit. Oder hat bis heute vielleicht eine sozialdemokratische Gewerkschaft aktiv in der Wahlrechtsfrage etwas erreicht? Was sie so dummen waren. Sie verhalten sich ruhig, bringen dann und wann mal einen „aufheiternden“ Artikel, das andere überlassen der Partei. Der „Vorwärts“ soll bei ihnen doch einmal die Nase auf's Gemüthe setzen, ob sie bereit sind einen politischen Kampfschritt mit auf ihr Konto zu nehmen. Die Antwort hierauf werde er sich in voraus ansmaßen.

Welch grenzenlose Naivität bei den Schreibern des „Vorwärts“ zu finden ist, beweist der Umstand, daß sie wirklich der Meinung sind, die christlichen Arbeiter, vor allem die „katholischen Proletarier“ ließen sich über die Köpfe ihrer Führer hinweg in die Wahlrechtsdemonstrationsbewegung hineinzuziehen. Die christlichen Arbeiter erinnern sich immer wieder daran, daß der Fuchs wohl seinen Balg, nicht aber seine Sitten verliert. Und diejenigen, die sich heute von einer Partei in der heftigsten Ueberzeugung beschimpfen lassen müssen, die in dieser Seite brutale Terrorisierung, Proklamierungen und

andere ärgerliche Drangsalierungen einstecken müssen, diese sollten dieser gleichen Partei morgen blindlings Heerbanddienste leisten? Da müßten sie gerade herausgesagt Loren sein. Ob dem „Vorwärts“ nicht auch dieser Gedanke gekommen ist? Und gerade ihm, da er es besonders ist, der sich in unzähligen Beschimpfungen der christlichen Arbeiter ergangen hat. Wir wollen dem „Vorwärts“ verraten, daß wir alles, was von sozialdemokratischer Seite kommt, nur mit dem größten Mißtrauen aufnehmen. Schuld daran trägt die mehrfache Kampfesweise gegen uns. Wir können es uns aber auch vorstellen, was es für eine diebische Freude für den „Vorwärts“ wäre, sagen zu können, auch christliche Arbeiter waren unter den Demonstranten. Das würde besonders hervorgehoben und ausgeschmückt, so daß man, wie auch bei anderen Gelegenheiten, sehr im Zweifel darüber sein könnte, ob nicht zuerst eine Demütigung nach „Oben“ damit beabsichtigt sei. Spiegelberg, wir kennen dich! Auch die verschiedenen Mahnungen, wie z. B. in Essen, wie die christlichen Arbeiter gewonnen werden könnten, sind nicht spurlos an uns vorübergegangen.

Wir stellen nunmehr die Frage: Wer ist es, der der preussischen Wahlrechtsreform die größten Knüttel zwischen die Beine wirft? Das ist die deutsche Sozialdemokratie. Prinzipiell: will die Sozialdemokratie das Wahlrecht zu dem Zweck erlangen, um an der friedlichen Verwaltung und Reformarbeit des Reiches mitzuwirken? Keinesfalls! Ihr soll das Wahlrecht in erster Linie zur Erreichung der politischen Macht dienen. Mit diesem Argument operieren ständig die Gegner jeder Wahlrechtsreform. Dann weiter: Sind die Wahlrechtsdemonstrationen der letzten Zeit geeignet, auch nur irgendwie eine Wahlrechtsreform zu beschleunigen? Nicht im entferntesten. Die Regierung läßt sich Zugeständnisse nicht durch Anwendung von Gewaltmitteln abtrotzen; vielmehr wird jede Reform hierdurch nur hinausgeschoben, und die Reaktionen erhalten Oberwasser. Ferner: Ist das Verhalten der Sozialdemokratie gegenüber den übrigen Parteien geeignet deren Liebe zur Wahlrechtsreform zu fördern? Aber die unehrlichen Verdächtigungen anderer Parteien durch den „Vorwärts“ augenblicklich verfolgt, der fragt sich, ob noch ein gesunder Menschenverstand hier waltet. So redet nur der, der anderen die Mitarbeit gründlich verleidet will, dem die Reform an sich Wurscht ist, und nur einseitiges Parteinteresse im Auge hat. Wir erheben daher den Vorwurf gegen die Sozialdemokratie, daß sie es ist, die die Wahlrechtsreform in Preußen prinzipiell wie faktisch auf's Schwerste gefährdet.

An dem Miß, der gegenwärtig durch die deutsche Arbeiter-schaft geht, wie der „Vorwärts“ hervorhebt, ist einzig und allein die Sozialdemokratie schuld. Wie sich da das Blatt noch wundert, daß die Aufforderung an die Köhler „Gesellenvereiner“, sich am Demonstrationszug zu beteiligen, mit dem Ruf: „Soch das Wahlrecht, schließt euch an, katholische Arbeiter“, mit einem Hohngelächter beantwortet wurde, läßt tief blicken. Eine ernsthafte Gewissensforschung würde ihm das in all seinen Zusammenhängen erklären. Er findet es auch in vorstellendem. Nun meint der „Vorwärts“, die „Gesellenvereiner“ hätten dem Demonstrationszug durch das „heilige Köln“ stumpsinnig nachgesehen. Um! Ebenjogut können sie doch auch gedacht haben: Sind diese roten Demonstranten aber stumpsinnige Kerle.

### Jahresbericht des Bezirks Königsberg i. Pr.

Das abgelaufene Geschäftsjahr war nach manchen Seiten hin ein sehr bewegtes. Wenn auch die Erfolge nicht alle Beteiligten vollumfänglich befriedigten, so ist dennoch mancher wertvolle Schritt vorwärts getan worden. Die beste Vorbedingung für Verbesserung der Lebenslage der Arbeiter ist eine gute Konjunktur. Diese war, außer der Stadt Königsberg, hauptsächlich im Frühjahr und Sommer, im ganzen Bezirke vorhanden, wohl so, wie sie noch niemals in den kleinen Städten zu verzeichnen war. Für Königsberg selbst muß die Konjunktur als durchweg schlecht bezeichnet werden, wenn auch im Hochsommer die Bau-tätigkeit sich etwas hob. Gegen Herbst ging dieselbe so zurück, daß Hunderte von Kollegen auf der Straße lagen und ein großer Teil in den Provinzialstädten Arbeit nehmen mußte. In Allenstein war die Konjunktur bis Anfang November gut, von da ab ging dieselbe ebenfalls zurück, so daß eine Anzahl Kollegen arbeitslos wurden. Beeinflusst wurde die erhöhte Bau-tätigkeit in Allenstein wohl in erster Linie dadurch, daß Allenstein zu einer Regierungsstadt erhoben wurde. Es konnten deshalb auch im Frühjahr bis zum Hochsommer nicht soviel Arbeitskräfte, hauptsächlich an Maurern, gestellt werden, wie notwendig waren. Ebenso wie in Allenstein war auch die Konjunktur in den übrigen kleineren Städten, hauptsächlich in Heilsberg, Braunsberg und Sensburg eine gute, in einzelnen herrschte Mangel an Arbeitskräften bis in den späten Herbst hinein. Die Hauptursache dieser guten Konjunktur war, daß auf dem Lande sehr viel gebaut, dann aber auch in den Städten Kasernenbauten und sonstige öffentliche Gebäude errichtet wurden. Dieser Umstand bewirkte auch in den einzelnen Bahnhöfen ein sehr reges Leben. Die Mitgliederzahlen stiegen bedeutend, wenn auch in einzelnen Fällen nur vorübergehend. Die meisten ländlichen Kollegen glauben eben die Organisation nicht mehr nötig zu haben, sobald dieselben den Ort verlassen, wo andere auch für sie extragliche Lohn- und Arbeitsbedingungen geschafft haben. Die Mitgliederzahl ist im Berichtsjahre erheblich gestiegen, ebenso die Zahl der Verwaltungsstellen. Der Zeitpunkt einer kritischen Organisationsprüfung hat denn auch für unser Verband eigentlich erst so recht im verflossenen Jahre in Ostpreußen

begonnen. Die Entwicklung unseres Verbandes in Ostpreußen vollzog sich seit 1902 wie folgt:

Jahr	Ver-waltungs-stellen	Mit-glieder	Jahr	Ver-waltungs-stellen	Mit-glieder
1902	1	34	1905	7	1044
1903	2	71	1906	11	1531
1904	2	104	1907	16	2127

An der diesjährigen Mitgliederzunahme sind am stärksten beteiligt: Allenstein, Braunsberg, Reidenburg und Heilsberg. Neugegründet wurden die Verwaltungsstellen Bischofsberg, Bischofsburg, Sensburg, Soldau und Tapiau, während Dreißburg einging, welche aber 1906 schon in einen jetzigen Schaf verfallen war. Die Verwaltungsstelle Soldau zeigte ebenfalls wenig Leben, was jedoch weniger an den Mitgliedern wie an den einzelnen Vorständen lag.

Auf die Verwaltungsstellen verteilten sich die Mitglieder wie folgt:

St. Nr.	Verwaltungsstellen	Mitgliederbewegung			
		IV. Quartal 1906	I. Quartal 1907	II. Quartal 1907	III. Quartal 1907
1.	Altenstein (Maurer)	150	187	200	238
2.	Altenstein (Zimmerer)	55	45	59	55
3.	Altenstein (Arbeiter)	61	82	146	160
4.	Bischofsberg	—	—	32	21
5.	Bischofsburg	—	—	105	113
6.	Braunsberg	24	24	29	43
7.	Heilsberg	39	51	58	77
8.	Königsberg (Maurer)	849	851	804	800
9.	Königsberg (Zimmerer)	26	26	20	17
10.	Königsberg (Arbeiter)	233	270	324	300
11.	Remel	23	29	29	35
12.	Reidenburg	49	80	124	132
13.	Sensburg	—	—	16	71
14.	Soldau	—	47	15	15
15.	Tapiau	—	—	49	38
16.	Wartenburg	11	15	15	22
		1420	1707	2025	2127

Der Mitgliederzuwachs war mithin im ersten und zweiten Quartal am stärksten, im dritten Quartal betrug er noch 102 Mitglieder. Dagegen dürfte die Mitgliederzahl im vierten Quartal wieder etwas zurückgehen, weil die ländlichen Kollegen vielfach ihre Beiträge nicht bis zum Schlusse des Jahres vollbezahlen. Immerhin ein bemerkenswerter Fortschritt, sowohl in der Mitgliederzahl wie auch in der Vermehrung der Verwaltungsstellen.

Auch der innere Ausbau des Verbandes hat im letzten Jahre Fortschritte zu verzeichnen; es bleibt jedoch noch sehr viel zu wünschen übrig. Was die meisten Vorstandsmitglieder anbelangt, so haben diese den Organisationsgedanken richtig erfasst. Das kam so recht auf der Herbstkonferenz in Allenstein zum Ausbruch. Es war etwas großartig und befriedigendes, was den Mut und die Begeisterung aus dem Munde dieser jungen Gewerkschaftler hörte. Aber es fehlt den Kollegen, soweit das Ermland in Frage kommt, an der weiteren Ausbildung. Die katholischen Arbeitervereine gehören alle dem Verbaude „St. Verlin“ an, und kümmern sich hier die maßgebenden Personen überhaupt nicht um die Schulung und Ausbildung der Arbeiter. Unsern Kollegen ist nirgends Gelegenheit gegeben, sich auch in geistiger Beziehung weiter auszubilden. Ein Unterrichtskursus von Seiten des „Berliner“ Arbeitervereins ist im ganzen Verbandsbezirke etwas seltenes, weil es diesen Leuten nicht darum zu tun ist, die Arbeiterschaft aufzuklären, sondern dieselbe als Wider und demütige Schaffens zu erziehen. Diejenigen Kollegen, welche im Bezirk rednerisch auftreten können, sind ebenfalls sehr rar, und so kann sich der innere Fortschritt des gewerkschaftlichen Lebens nur langsam vollziehen. Ueber die Geschäfts-rep. Kassenführung kann im allgemeinen nicht so sehr geklagt werden, wenn auch in einzelnen Verwaltungsstellen in dieser Beziehung noch manches im argen liegt. Wenn man berücksichtigt, daß sich unser Verband erst in den letzten Jahren nennenswert entwickelt hat, so ist es zu verstehen, wenn hier und da noch manches verbesserungsbedürftig ist. Auch was Opferwilligkeit anbelangt, sind die Ostpreußen nicht die schlechtesten, wenn auch im Bezahlen der Extrabeiträge noch viel nachzuholen ist. Auch hier muß berücksichtigt werden, daß viele Mitglieder noch sehr jung in der Bewegung sind, andererseits aber die nötige Aufklärung über das Bezahlen der Extrabeiträge gefehlt hat. Wenn auch der Bezirksleiter bei seinem jedesmaligen Erscheinen darauf hinwies, so fehlte doch das nötige Verständnis bei den Vorständen, um der Sache den notwendigen Nachdruck zu verleihen. In einigen Verwaltungsstellen, so in Braunsberg und Reidenburg, sind die Kollegen ihrer Pflicht nachzukommen. Die Königsberger Maurer zahlen pro Woche 5 Pf. Beitrag mehr, welche als Extrabeitrag abgeführt werden; dieser Betrag wird auch in diesem Jahre erhoben, so daß die Königsberger Kollegen ihrer Pflicht nachkommen. Das Zahlen der Wochenbeiträge ist auch nicht überall ein pünktliches, was zur Folge hat, daß die Quartalsabrechnungen ebenfalls unpünktlich eingekandt werden. Auch wird in einigen Verwaltungsstellen noch nicht der statutenmäßige Beitrag erhoben, jedoch wird dieses in diesem Jahre besser werden. Nachstehende Tabelle gibt eine Uebersicht, wie hoch der durchschnittliche Beitrag im hiesigen Bezirk ist:

Jahr	Mit-gliederzahl	Mitgliederzahl der einzelnen Beitragsklassen								Durch-schnittlicher Beitrag pro Woche	
		65	60	55	50	45	40	35	30		
1906	1531	—	840	26	—	281	233	—	165	—	51,7
1907	2127	800	—	17	—	363	620	—	329	—	44,6

Die Leistung ist also gegen das Vorjahr um 7,1 Pfg. zurückgegangen. Der Rückgang findet in der bedeutenden Vermehrung der Mitglieder in den niedrigen Beitragsklassen seine Erklärung. Die Zahl der Lohnbewegungen war verhältnismäßig groß. Forderungen wurden in 11 Orten gestellt, welche sämtlich, außer einer, auf friedlichem Wege zugunsten der Kollegen erledigt wurden. Auch in dem besagten einen Falle war bereits eine Einigung erzielt, diese wurde jedoch dadurch wieder illusorisch, daß der betreffende Arbeitgeber (Herr Herrman, Bischoffstein) die schriftliche Abmachung, welche derselbe mit uns getroffen, nicht hielt. Es war bis heute nicht möglich, eine Einigung mit dieser Firma zu erzielen. In den meisten von den übrigen Orten wurde nicht allein der Lohn, sondern auch die Arbeitszeit um 1/2-1 Stunde täglich verfürzt. Es erzielten Lohn-erhöhungen:

60 Kollegen mit 1 Pfg. pro Stunde,	
252	2
319	3
313	4
382	5
43	6

Außerdem erzielten 537 Kollegen eine Verkürzung der Arbeitszeit von einer halben Stunde und 285 Kollegen eine solche von einer Stunde. Mit diesen Erfolgen können unsere Kollegen im Bezirk zufrieden sein. Solche Zahlen beweisen in überzeugendster Weise den Wert der Organisation. Jahr 1135 Kollegen waren die Abmachungen schriftlich festgelegt, 174 Kollegen arbeiteten ohne Tarif. Daraus erhellt, daß auch die ostpreussischen Arbeitgeber die Notwendigkeit schriftlicher Verträge mit den Arbeiterorganisationen eingesehen haben. Im großen und ganzen ist das Urteil der Arbeitgeber über die abgeschlossenen Verträge ein günstiges und steht zu hoffen, daß auch die Arbeitgeber, welche heute noch keine Arbeiterorganisation als Vertragsfaktor anerkennen wollen, bald zu einer besseren Einsicht gelangen. (Schluß folgt.)

### Rundschau.

**Vorende Gewinne** für das vergangene Geschäftsjahr haben, soweit die Veröffentlichung bis jetzt vor sich gegangen, eine Reihe von Zementwerken zu verzeichnen. So wurden von der Oberschlesischen Portland-Zement-Fabrik in Oppeln bei 270 000 Mark Abschreibungen 17 Proz. Dividende (wie im Vorjahr) zur Verteilung vorgeschlagen. Der Bonner Bergwerks- und Hüttenverein, Zementfabrik bei Bonn, schlägt 17 Proz. gegen 12 Proz. im Vorjahr vor. Die Schächel-Böhmische Portland-Zementfabrik in Dresden 12 Proz., und die Schmalzower Portland-Zement-, Kalk- und Ziegelwerke 11 Proz. Dividende. Letztere bei erhöhten Abschreibungen. Das sind Beweise für die steigende Rentabilität der Zementindustrie. Sie dürfte zum Teil auf das Vorgehen der Zementfabrikate mit den Preisabsenkungen zurückzuführen, wogegen die Baumunternehmer erhebliche Klagen anführten, ja in Rheinland-Westfalen gehen sie bereits zur Gründung eines eigenen Zementwerkes über. Ob die Arbeiter ebenfalls mit höheren Löhnen an den hohen Gewinnen partizipieren, konnten wir nicht feststellen.

**Verschmelzung der Handlungsgehilfenverbände.** Am 27. Januar fand in Berlin eine Sitzung der Vorstände des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen (Sitz Leipzig) und des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfenverbandes statt, in welcher die Grundlagen für eine Verschmelzung beider Verbände erörtert wurden. Das Ergebnis der Sitzung ist der Erlaß eines Aufrufs, der von 35 Mitgliedern der leitenden Körperschaften, darunter von den beiderseitigen Verbandsvorsitzenden Dillner Leipzig und Schad-Hamburg, unterzeichnet wurde. Der Aufruf hat folgenden Wortlaut: „In der klaren Erkenntnis, daß die wirtschaftliche Lage der deutschen Handlungsgehilfen und die ihrem Stande drohenden Gefahren ein einheitliches Zusammenwirken der in der Handlungsgehilfenbewegung vorhandenen Kräfte gebieterisch verlangen, haben sich die unterzeichneten Mitglieder des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen (Sitz Leipzig) und des Deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (Sitz Hamburg) einmütig entschlossen, als Ergebnis einer von beiden Seiten vorausgesetzt eingeleiteten und am 26. Januar 1908 erfolgten, der von 35 Mitgliedern der leitenden Körperschaften, ihrer Verbände aufzufordern, ohne Zerzug die erforderlichen Schritte zur Erörterung einer Interessengemeinschaft mit dem so bald als möglich zu erzielenden Endziel eines völligen Zusammenschlusses beider Verbände vorzunehmen. Wir sind überzeugt, daß die Beseitigung der diesem Ziele entgegenstehenden Schwierigkeiten gelingen wird, wenn die leitenden Körperschaften und die Mitglieder beider Verbände überall das gleiche Maß von Verantwortlichkeitsgefühl für die Interessen des ganzen Standes an den Tag legen werden, das uns bei der Abfassung und Unterzeichnung dieses Aufrufs geleitet hat.“ — Dieser Schritt kann nur begrüßt werden. Die beiden Verbände stellen die stärksten Handlungsgehilfenverbände dar und zwar zählt der „Leipziger Verband“ 85 000 und der „Deutsch-nationale“ 110 000 Mitglieder. Letzterer ist dem Deutschen Arbeiterkongress angegeschlossen.

**Ueber die Neuregelung der Sonntagsruhe** ist, wie die „Sächsische Zeitung“ berichtet, vom Reichsamt des Innern eine Erhebung bei den Einzelregierungen über die Ausgestaltung verschiedener Bestimmungen der Gewerbeordnung in die Wege geleitet. Von den Einzelregierungen sind zunächst die nachgeordneten Behörden um grundsätzliche Äußerungen angegangen, in Preußen die Regierungspräsidenten durch den Handelsminister. Es wird zunächst noch einige Zeit dauern, bis das Material bei den Einzelregierungen eingegangen sein wird. Dann muß es gesichtet und bearbeitet werden, um dem am Reichsamt des Innern abzugehenden Gutachten als Grundlage zu dienen. Es werden also noch verschiedene Monate ins Land gehen, ehe die Reichsregierung über die Ansichten der Einzelregierungen unterrichtet sein wird. Erst dann kann die Entscheidung getroffen werden. Es ist also so gut wie ausgeschlossen, daß der Reichstag, der ohnehin mit Aufgaben reichlich bedacht ist, noch in der gegenwärtigen Tagung eine Novelle zur Gewerbeordnung zugestimmt erhält, die sich mit der Sonntagsruhe im Handlungsgewerbe beschäftigt. Eine zweite Arbeit auf dem Gebiete der Sonntagsruhe wird allein vom Bundesrat erledigt werden. Hier handelt es sich lediglich um die auf Grund der Gewerbeordnung für die Industrie zugelassenen Ausnahmen von der Sonntagsruhe. Es soll versucht werden, einige der anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts zugelassenen Ausnahmen aufzuheben. Die Arbeiten auf diesem Gebiete sind schon vor längerer Zeit aufgenommen worden, gestatten sich aber der Natur der Sache nach recht schwierig. Wenn sie zu Ende geführt werden können, läßt sich noch nicht absehen; immerhin darf angenommen werden, daß die zweite Aktion in Sachen Sonntagsruhe eher zum Abschluß kommen wird als die erste. — Die Kollegen's hoffen.

**Selbsthilfe und Weidweinerstand.** Seit über eine Million Mark Vermögens der Deutsche Weidweiner-Verband (Sitz Düsseldorf) im Jahre 1907 im Interesse seiner Mitglieder. Geschäft wurden rund 515 000 M für Todesfälle, 204 000 M erhielten die Witwen als Unterhaltungen, 143 000 M die bedürftigen, invaliden und kranken Mitglieder. Für Brandschäden wurden 23 000 M angewendet. Außerdem wurde ein Vermögen von rund 9 1/2

Mill. M angeammelt, das nötig ist zur Sicherung der von Jahr zu Jahr steigenden Verpflichtungen. Seit Gründung des Verbandes (1884) betrug das Vermögen und Leistungen bis Ende 1907 rund 21 Mill. M. Zurzeit zählt der Verband rund 47 000 Mitglieder. Etwa 3500 Betriebsbeamte meldebten sich im Jahre 1907 zur Aufnahme. Die sozialpolitische Tätigkeit war eine besonders rege. Erstrebt wurde eine Wiederrück der Lohnbeschlagnahmengesetzes, das in seiner jetzigen Form die Privatangehörigen außerordentlich schwer trifft. Hervorzuheben sind noch bemerkenswerte Kundgebungen zur Pensionsversicherung, zum Ausbau der Vergütung der einzelnen Bundesstaaten, zur Beseitigung der Konkurrenzklause, zur Ausdehnung des Scheck- und Wechselungsverkehrs und zur Vertretung der Angehörigen in amtlichen Körperschaften. Außerdem wurde eine Sparbank gegründet, deren gemeinnützigen Zweck der Bundesrat durch Befreiung von der Reichsteuernsteuer anerkannt hat.

**Eine Bauarbeiterschuhdebatte** ging am 24. Januar im hessischen Landtag vor sich. Es lagen verschiedene Anträge sowohl auf Ausgestaltung des Bauarbeiterschuhes wie auch der Erweiterung der bestehenden Kontrolle vor. Der Minister Dr. Braun führte aus, daß die hessische Regierung schon des öfteren ihre Bereitwilligkeit zu einer gesetzlichen Regelung des Bauarbeiterschuhes bekundet habe. Sie habe das jedoch so lange zurückstellen müssen, bis es feststehe, daß das Reich sich auf eine reichsgesetzliche Regelung nicht einlasse. Das stehe nunmehr fest und sei damit die Bahn frei für Hessen. Wenn die Regierung trotzdem nicht alsbald mit einer Vorlage an die Stände herantreten sei, so habe dies seinen Grund darin, daß sie erst Klarheit über die Aufnahme haben wollte, die bei den Landständen die vorliegenden Anträge finden würden. Es sei für die hessische Regierung namentlich von Interesse, zu erfahren, wie die Stände sich die Durchführung der zu erlassenden Schutzvorschriften denken. Denn mit dem Ausschuss sei er, Redner, der Ansicht, daß nicht der Erlaß solcher Vorschriften allein, sondern deren wirksame Durchführung das Wesentlichste in der Angelegenheit sei. Es gelte dies zunächst von der Frage der Kontrolle des Bauarbeiterschuhes. Die hessische Regierung teilt die Meinung des Ausschusses, wonach diese Frage große Schwierigkeiten biete und alles darauf ankomme, eine wirksame tatsächliche Überwachung der erlassenen Schutzvorschriften zu sichern. Die Zahl der Unfälle zeige eine aufsteigende Tendenz. In welcher Weise nun die Kontrolle auszuführen sei, darüber hat sich die Regierung noch nicht entschieden. Der Ausschuss neige der Ansicht zu, sie der Gewerbeaufsicht anzugliedern. Es sprächen hiergegen jedoch auch eine Reihe von Bedenken, und für eine Angliederung an die Baupolizei. Es könnte dadurch leicht zu einem bürokratischen Uebermaß kommen, weil alsdann die Gewerbeaufsicht, die Baupolizei und die Berufsvereinigungen als Kontrollorgane in Frage kämen. Eine von Arbeitern gewählte Kontrolle lehne die Regierung ab. Ein Schreiben der Regierung an die hessen-nassauische Bauernvereinsgesellschaft, in welchem angefragt wurde, welche Schritte dieselbe zum Ausbau des Aufsichtsdienstes unternehmen wolle, sei bisher unbeantwortet geblieben. Vor Erlaß von Ausführungsbestimmungen durch die Regierung, werde dieselbe die beteiligten Interessenten hören, um auf deren Äußerungen Rücksicht zu nehmen.

Die sich hier anschließende Debatte gab Uebereinstimmung darin, daß die heutigen Bauarbeiterschuhbestimmungen unzulänglich seien. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. führte aus, daß die Arbeiter gar nicht verlangten die Kontrolleure selbst zu wählen. Sie seien schon zufrieden, wenn sie eine Anzahl vorschlagen dürften, aus welchen die Regierung einen nehmen könne. Auf die Partei (!) komme es hier nicht an, die Hauptsache sei, daß er seine Pflicht und Schuldigkeit tue. Die Kammer nahm folgenden Ausschussantrag an: Die Regierung zu ersuchen: 1. alsbald eine Gesetzesvorlage einzubringen, die einen wirksamen Schutz der Bauarbeiter in bezug auf Sicherheit gegen Gefahren für Leib und Leben, Gesundheit und Sittlichkeit garantiert, unter Berücksichtigung der Vorstellung der Zentralkommission der Bauarbeiter Hessens; 2. auf eine ausreichende baupolizeiliche Überwachung, insbesondere durch Heranziehung praktisch geschulter Bauarbeiter hinzuwirken.

Nun kommt es auf die hessische Regierung an, ob sie bereit ist, diesen Wünschen Rechnung zu tragen. Zu wünschen wäre, daß das Vorgehen der hessischen Kammer auch baldigst in den übrigen Staaten Nachahmung finden möchte.

**Landwirtschaftskammer und Koalitionsrecht der Landarbeiter.** Die Frage des Koalitionsrechtes der Landarbeiter rückt mehr und mehr in den Kreis öffentlicher Erörterung. Es bedeutet ja auch einen hallosten Zustand, einem Teil Arbeiter auf die Dauer Rechte vorzuenthalten, die der andere Teil schon jahrzehntelang besitzt. Ungerader wird die Angelegenheit noch dadurch, indem den Bauern die Vereinigungsfreiheit nicht nur zum freiesten Gebrauch gegeben, sondern deren Ausnutzung von der Regierung in reichlichem Maße gefördert wird. Gerechtere denkende Landwirte haben sich schon des öfteren für die Verleihung des Koalitionsrechtes der Landarbeiter ausgesprochen. Der weitaus größtenteils die Großgrundbesitzer, jedoch, erklärten sich gegen. Auch der preussische Landwirtschaftsminister kürzlich im preussischen Landtage in gleichzeitiger Verhandlung machen die Landwirtschaftskammern das Sowohl die preussische als auch die westfälische Landwirtschaftskammern erklärten sich dagegen. Letztere nahen Koalition an, in der zum Ausdruck gebracht wird, die Landwirtschaftskammer in dem Koalitionsrecht für ländliche Landwirtschaft, sondern der gesamten Volkswirtschaft Freiherr v. Ledebour vertrat in der Begründung die Ansicht, daß die Koalitionsfreiheit nichts als ein Streikrecht, und daß eine derartige Kampfesorg eine Unmoralität zu betrachten sei. Denein, die daß das Koalitionsrecht ein Menschenrecht sei, sage e das Streikrecht zugehe. Ein Bedürfnis, das Koalition die landwirtschaftlichen Gebiete auszudehnen, beste diese selbst es nicht forderten, und übrigens von geben in jeder Beziehung zufriedengestellt wü Interessen beider Teile ja zusammenging.

Sie sich doch in manchen Köpfen die Welt Es gehört wirklich ein starker Glaube dazu, anjunge ländlichen Arbeiter von ihren Arbeitgebern in je zufriedengestellt würden. Dann müßte doch die Landwirtschaft mit Arbeitern übereinstimmen sein. Befremdlich ist das Gegenteil der Fall. Dann läßt sich auch darüber streiten, was unmoralischer ist, mit menschenwürdigen Verhältnissen sich zu begnügen und dabei an Leib und Seele Schaden zu nehmen, oder durch Arbeitsentziehung deren Abänderung zu bewirken. Man bestens aber ist es unmoralisch, anderen ein Recht vorzuenthalten, was man selbst zur eigenen Interessensvertretung gebraucht. Ein solcher Zustand ist auf die Dauer unhaltbar, das werden wohl oder übel auch die Großgrundbesitzer mit der Zeit erfahren müssen. Daß die Regierung diesem Zustand gegenüber sich zustimmend verhält, ist bei der Zusammenziehung des preussischen Landtages und des übermäßigen Einflusses der Junker und Großgrundbesitzer nicht weiter verwunderlich.

## Wirtschaftliche Bewegung

Zuzug erhalten: Weichenburg i. G., Aussperrung (Zimmerer und Bauhilfsarbeiter), Oberfeld (Fliesenleger), über die Firma Hummerholler, Barmen-Nittershausen, W (Sperrung über Herrmann Wingenfeld), Säckwaen und (Maurer, Zimmerer, Säger und Bauhilfsarbeiter). G ist das Baugeschäft Herrmann in Bischoffstein, Dspr. a. d. Ruhr. (Dachdecker.) Wegen Nichterhaltung des wurde im Einverständnis mit der Schlichtungskommission die Firma Wilhelm Esch die Sperrung verhängt. Essen, (Stukkateure) Sperrung über den Zwischenmeister Felmerich (Andreasfirche) in Mittensteid. Silberfeld-Barmen (Fliesenleger) Sperrung über die Firma Wolf und Hommelbeck. Zuzug dem Steinbetriebe Neue Walheimer Kalkwerke ist fernzum Bochum (Fliesenleger) Sperrung über die Firma Wenigloer.

### Bezirk Brandenburg.

**Berlin.** (Fliesenleger und Hilfsarbeiter.) Nach 4 1/2 tlicher Verhandlung mit den Arbeitgebern ist am 31. J ein neuer Vertrag vor dem Gewerbegericht zum Abschluß geworden. Wenn derselbe auch den aufgestellten Forderungen nicht ganz entspricht, so ist dieses der klauen Konjunktur, dem Ausgang der Lohnbewegung im vergangenen Jahr schreiben. Trotzdem sind doch wesentliche Vorteile erzielt worden und zwar die sonst von den Arbeitgebern so bekämpfte ständige Arbeitszeit, unter Wegfall der Frühstücks- und Wspanse. Der Stundenlohn erhöht sich von 85 auf 88 Pfg., 1. Oktober 1908 auf 90 Pfg. Der Vertrag gilt bis 1. J. 1910. Affordarbeit, welche trotz des Verbots schon in ftecker Form ausgeführt wurde, soll nach dem neuen Vertrag gestoppt sein, jedoch dürfen Maßregelungen wegen Verweigerung Grund abgelehnter Affordarbeit beiderseits nicht statti. Zur Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältnis etwa entstehenden Streitigkeiten, zur Vermeidung von Streiks oder Sperrungen wird eine Kommission von fünf Arbeitgebern fünf Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Gewerbegerichts gebildet. Am dem Abschluß des Vertrages, sowie der Schlichtungskommission ist auch unser Verband beteiligt. Bemerkenswert hierbei ist, daß 1906 die „Genossen“ alles aufgeben und um die verhassten Christlichen von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Aber die Zeit hat sie eines Besseren belehrt; das eine Lehre für sie sein — auch für die Zukunft!

### Bezirk Bochum.

**Bochum** (Fliesenleger.) Infolge Nichterhaltens des liegenden Tarifs seitens der Firma Wenigloer wurde über die seitens der drei beteiligten Organisationen die Sperrung verhängt. Als Hauptarbeitsstelle kommt die neue Badeanstalt an der Friedschule in Düsseldorf in Betracht.

### Bezirk Köln.

**Düsseldorf.** (Stukkateure.) Nach rund einjähriger Verhandlung ist es in Düsseldorf zum Abschluß eines Tarifvertrages zwischen dem Arbeitgeberverband der vereinigten Bildhauer, Stukkateure und Plasterer Deutschlands, und den organisierten Stukkateuren und Plasterern gekommen. Der alte Tarif vom 31. Dezember 1906 sein Ende erreicht. Am 20. Jan. 1908 ist der neue Vertrag unterzeichnet worden; derselbe Geltung bis 31. Dezember 1910. Während bisher ein Lohn für Plasterer von 50 Pfg. und für Stukkateure von 60 die Stunde festgelegt war, ist derselbe für 1908 auf 58 resp. und ab 1. Januar 1909 auf 60 bzw. 70 Pfg. festgesetzt. Arbeitszeit ist von zehn auf neun Stunden reduziert worden. Auch in den sonstigen Bestimmungen des Tarifs ist noch eine Verbesserung enthalten. Da hier nun leider noch die Affordarbeit gang und gäbe ist, so wurde auch eine umfangreiche Affordkalkula aufgestellt. Es dürfte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wohl kaum ein zweiter Ort sein mit Tarifverträgen so vieler Positionen aufgeführt sind. Auch enthält der Vertrag die Bestimmungen über Schlichtungskommissionen zur ledigung von Streitigkeiten aus diesem Vertrage. Weiter die der § 8 der allgemeinen Bestimmungen von Bedeutung es heißt dort: „Der Lohnstarif und die sämtlichen Bedingungen gelten auch nach event. Ablauf der Tarifzeit, während Streiber Sperrern, überhaupt solange, bis ein neuer Tarif einbart ist. In der ersten Woche nach Tarifkündigung und Ratgefundener Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes wird eine gemeinsame Lohnkommissionssitzung durch die Kommission des Arbeitgeberverbandes einberufen und ist die Einberufung seitens der Gehilfen Folge zu leisten.“ Hier kann man ersehen, daß auch die Arbeitgeber ein Interesse an dem Frieden, aber auch an dem Zustandekommen e Tarifvertrages haben. Alles in allem können die Kollegen den Erfolgen wohl zufrieden sein. Gewiß sind noch man unserer Wünsche nicht befriedigt. Manchem genügen besom die Ausbesserung der Affordkalkula nicht. Die Affordarbeit leider noch ein ganz besonderes Uebel in unserer Stadt. den Gehel in der richtigen Weise anzusetzen, muß unsere Aufgabe sein. Manches würde besser sein, wenn wir unter der Affarbeit nicht zu leiden hätten. Dann aber, Kollegen, müßten die Vorteile des Tarifs in der richtigen Weise auszunutzen.

organs. ...

morgens für die ...

... bearbeitet werden.

Zimmerer.

Berlin III. (Zimmerer.) Am 22. Januar d. J. ...

... unsere diesjährige Generalversammlung. ...

... früheren Jahren; immerhin konnten wir aber zufrieden ...

... Auf der Tagesordnung stand: 1. Neuwahl des Vorstandes ...

... Endgültige Beschlußfassung zur Frage der Zentralisation ...

... Groß-Berlin. 3. Verschiedenes. Der Jahresbericht, sowie ...

... Abrechnung fanden bereits in der Versammlung am 8. ...

... zwar ihre Erledigung. Aus dem Jahresbericht wäre zu ...

... wähen, daß wir ein schweres Jahr hinter uns haben ...

... daß der Streik uns mehr gekostet, wie er eingebracht ...

... Nicht nur, daß er uns finanziell schädigte, nein, er hat uns ...

acht Mitglieder gekostet, von denen sich sogar zwei als treibbarer herausgaben. Die anderen sechs kehrten uns den Rücken, da sie meinten, es wäre zu viel verlangt, daß sie trotz des Streiks und der Streikmarken auch noch die Extramarken zahlen sollten. Vielleicht wird den betreffenden Kollegen in diesem Frühjahr ein Licht aufgehen, daß sie den Fehltritt nicht allein auf den Streik hat keinen Friedensschluß gebracht, sondern im Gegenteil: der Streik hat beide Teile, Arbeiter, sowie Arbeitnehmer, in eine Lage verwickelt, in der sie beide nicht loszukommen. Wir möchten allen unseren Mitgliedern dies recht ernstlich vorführen, damit so schnell wie möglich alle diejenigen, die noch rückständige Beiträge zu zahlen haben, diese sobald wie möglich entrichten. Wir wissen sehr wohl, was der Sommer uns bringt, rüsten wir uns, halten wir die Hände rein und dann können wir auch wieder den kommenden Jahren starken Mut entgegenstellen. Außer 18 Mitglieder-Versammlungen wurden acht Streik- und drei gemeinsame Versammlungen mit den Maurern und Bauhilfsarbeitern abgehalten. Die Lokalausgaben übersteigen im Jahre 1907 die Einnahmen um 76,38 Mk., so daß uns ein Lokalfonds von 397 Mk. verbleibt. Die Wahlleitung wurde Kollege Käger betragen. Unser Vorsitzender legte sein Amt aus Gesundheitsrücksichten nieder. In den Vorstand wurden neu-erlebe gewählt: Vorsitzender Georg Döring, N. Grünhaller, 2. Vorsitzender Paul Hertel, O. Mirbachstr. 11. Schriftführer Johann Schwibereck, Gubenerstr. 30. Revisor wurden Kärner und Spiller. Käger und Ene wurden zu Kassieren ernannt und G. Döring wurde Kartelldelegierter. Für 1908 wurde N. Stürmer in den Zentralvorstand, sowie als Vertreter in den Arbeiter-Ausschuß gewählt. Hierauf übernahm der neugewählte Vorstand die Leitung der Versammlung. Kollege Käger dankte im Namen aller Anwesenden dem alten Vorsitzenden für seine Mühe und Arbeit, welche er sechs Jahre lang als Vorstandsmittglied dem Verband mit großem Eifer entgegengebracht hat. Dann ernannte er den neuen Vorstand, trenn zusammenarbeiten und stellte die Bitte an die Mitglieder, den Vorstand fleißig und energisch zu unterstützen. Die erste Pflicht sei die pünktliche Beitragszahlung, als zweite regelmäßige Versammlungsbesuch unbedingt zu beachten. Darauf gingen wir zum zweiten Punkt der Tagesordnung über. Kollege Stürmer gab einen Bericht über das Ergebnis der gemeinsamen Vorstandssitzung vom 10. Januar. Er berichtete, daß die Vorstände beschlossen hätten, die Zentralisation in Groß-Berlin den Mitgliedern folgen zu empfehlen. Die jetzigen Verwaltungsteile gehen mit dem Inkrafttreten der Zentralisation mit denselben Rechten und Pflichten wie bisher in Zahlstellen über. 2. Der Verwaltungsteil-Vorstand setzt sich aus die jeweiligen Vorsitzenden der Zahlstellen zusammen, der Ausschuß aus den Gesamtvorstand. 3. Die Zahlstelle hat von ihrer fünfzigprozentigen Einnahme ein Prozent an die Verwaltungsteilkasse abzuführen. Für diese drei Punkte als Grundzüge zu stimmen, wurde der Vorstand in unserer Generalversammlung beauftragt. Unter Punkt 3 wurde festgelegt, daß unsere regelmäßigen Versammlungen jeden Freitag und vierten Mittwoch im Monat stattfinden. Versammlungslokal bleibt Ebers Hofplatz. Mit einem kräftigen Hoch für unseren Zentralverband schloß der Vorsitzende um 11¼ Uhr die gut verlaufene Generalversammlung.

**Danzig.** Am Mittwoch, den 22. Januar, fand die Generalversammlung unserer Zahlstelle im St. Josephshaus statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 der Tagesordnung erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht. Danach sind im verfloffenen Jahre 13 Neuaufnahmen zu verzeichnen; terrorisiert und zur Arbeitseinstellung geübt seitens sozialdemokratisch organisierter Zimmerer wurden zwei Mitglieder, die Kollegen Toch und Bohler. Vom Arbeitgeber ausgepöbelt wurde ein Mitglied, Kollege Diebnitz. Maßregelungsunterstützung erhielten zwei Kollegen in Summa 26,92 Mk. Krankenunterstützung erhielten fünf Kollegen in Summa 82,40 Mk. Am Holzarbeiterstreik war ein Kollege beteiligt und erhielt derselbe Unterstützung in Summa 10 Mk. Es wurden somit an Unterstützungen gezahlt 129,32 Mk. Der Stundenlohn für Zimmerer beträgt vom 1. April 1908 bis 1. April 1909 52 Pf. Mit der Aufforderung, sich im neuen Jahre mehr an den Versammlungen zu beteiligen, schloß der erste Vorsitzende seinen Jahresbericht. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Ditzsch per Akklamation einstimmig wiedergewählt, Kollege Schütz zum zweiten Vorsitzenden, Kollege Theodor Kemke zum Kassierer und Kollege Franz Stein zum Schriftführer. Die Kollegen Paul Mischke und Bernh. Diebnitz wurden zu Revisoren, zum Bezirksassessor der Kollege August Kantowski gewählt. Nachdem sämtliche gewählte Kollegen das ihnen entgegengebrachte Vertrauen gedankt und versprochen hatten, jeder stets auf seinem Posten zu sein, wurde im zweiten Punkt (Verschiedenes) übergegangen, in welchem einige interne Zahlstellenangelegenheiten ihre Erledigung fanden.

**Dachdecker.**

**Röln,** den 22. Januar. Die anhaltend strenge Kälte der letzten Wochen machte nicht nur ein Arbeiten in unserem Gewerbe sozusagen unmöglich, sondern es konnten auch unsere regelmäßigen Versammlungen nicht stattfinden, weil ein großer Teil der Kollegen in der Dürener Gegend wohnt, und mit infolge der Arbeitslosigkeit nicht anwesend sein konnte. Um mehr ist durch die mildere Witterung es manchem Kollegen gelungen, Arbeit zu bekommen. Gestern Abend fand unsere diesjährige erste Versammlung und zugleich Generalversammlung mit Vorstandswahl statt. Die Kollegen waren sehr zahlreich erschienen. Zunächst gab der Kassierer Kollege Kieslar die Abrechnung vom vierten Quartal bekannt. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Abrechnung und erklärten auch, die Kasse in bester Ordnung vorgefunden zu haben. Daraufhin wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Als Vorstandsmittglieder wurden gewählt resp. wiedergewählt: Als 1. Vorsitzender Kollege Peter Frangenhelm, als 2. Vorsitzender Kollege Kollege Math. Grieflar; als 1. Schriftführer Kollege Peter Mohren. Als Kassier-Revisoren wurden gewählt die Kollegen Josef Krapp und Christian Becker. Kollege Frangenhelm dankte allen Kollegen für ihre bisherige Mitarbeit und suchte die Kollegen, auch fernerhin in der bisherigen Weise in unsere Sache zu arbeiten, damit die Zahlstelle immer mehr sich ausbreite. Eine ganze Anzahl Kollegen ständen noch beiseits der Organisation, und die Agitation dürste nicht erlahmen, bis der letzte Dachdeckergehilfe in Röln und den Vororten organisiert sei. Nachdem dann noch verschiedene interne Angelegenheiten geregelt waren, schloß Kollege Frangenhelm die interessante vertrauliche Versammlung.

**Fliesenleger.**

**Duisburg.** In Nr. 3 bringt der „Grundstein“ eine Notiz, die verurteilt wird, die christlich-organisierten Plattenleger als unternehmlich hinzustellen, die ständig die tariflichen Bedingungen zu umgehen versuchen. Es heißt, „die Firma“ habe beschäftigt seiner Zeit nur freigeorganisierte Plattenleger, und war stets gehalten, nach Tarif zu zahlen.“ Man vergaß hier, anzuführen, daß, ehe christlich-organisierte Plattenleger überhaupt arbeiteten, die freigeorganisierten stets mit der Firma beschäftigt sind, und seitdem christliche Plattenleger dort beschäftigt sind, hat sich dies um kein Jota gebessert; und von den dort Beschäftigten sind bis heute noch annähernd zwei Drittel nach der Vergeltung von Arbeitern von den tariflichen Bedingungen abzuweichen. Es ist den Kollegen von jener Seite

sehr gut bekannt, daß mancher ihrer Kollegen schon den Verhandlungen unterlegen und von den betraglichen Bedingungen abgewichen ist. Gern möchten wir mal die Kollegen sehen, die sich auf Wunsch der Firma christlich organisierten; wir sind den Genossen sehr dankbar, wenn sie uns mit Namen nennen wollen. Wenn eine Vergeltung der Abrechnungen vorgenommen würde, fielen die doch sehr betrübend für die rot organisierten Plattenleger aus, und es würde sich herausstellen, daß die größte Zahl der Tarifbrecher auf roter Seite zu finden sind. Wir wünschen dringend, daß man uns die Arbeitgeber nennt, welche ihnen das eingestanden haben. Des weiteren heißt es, die Genossen verzichteten auf ganze Akordüberschüsse, lediglich, um sich bei genannter Firma zu sein. Im Interesse der ganzen Fliesenleger bitten wir dringend, uns den Namen desjenigen zu nennen, hoffen aber bestimmt, daß dies auf ehrliche Weise geschieht und nicht geschwändelt wird, nicht jeder indifferente Plattenleger den christlich organisierten an die Rockschöpfe gehängt werde. Des weiteren bitten wir, uns den Arbeitgeber zu nennen, wo christlich organisierte Plattenleger vorstellig geworden sein sollen und sich unter den tariflichen Bedingungen angeboten haben. Gleichzeitig soll der Arbeitgeber erklärt haben, nicht mehr nach Tarif zu zahlen. Dort seien die rot organisierten Plattenleger entlassen werden, weil sie standhaft blieben. Sodann heißt es weiter in dem Artikel, „unter Verrat und Tarifbruch treiben sie unsere Kollegen im Winter aus ihren langjährigen Arbeitsstellen, um sich selbst in das warme Nest zu setzen.“ Wir fordern die roten Artikelstreiber auf, uns mitzuteilen, wo dies geschah. Wohl haben zwei unserer Kollegen in letzter Zeit bei einem Arbeitgeber Arbeit angenommen, wo seither nur freigeorganisierte Beschäftigte waren, aber nur unter der Bedingung nahmen sie die angebotene Arbeit an, daß der dort Beschäftigte kein Nachteil entstehen dürfte, keiner der organisierten Arbeiter sollte durch die Arbeitsaufnahme arbeitslos werden. Trotzdem die beiden Kollegen über drei Wochen arbeitslos waren, stellten sie diese Bedingung. Jedenfalls dürfen sie doch als preußische Steuerzahler sich Arbeit suchen, und nach dreiwöchentlichem Arbeitslosigkeit kann man es ihnen nicht verdenken, wenn sie auch einmal Arbeit in einer roten Domäne annehmen. Trotz der Arbeitslosigkeit hatten sie so viel Solidaritätsgefühl, ihre Mitarbeiter nicht brotlos zu machen. Sollen es die freigeorganisierten ebenfalls so? Mit nichten! Kein Gedanke daran. Bei der Firma B. arbeitete der Kollege B. von uns schon längere Zeit, dort kamen zwei freigeorganisierte Plattenleger hin und arbeiteten unter Tarif. Der betreffende Arbeitgeber trat infolgedessen an unsere Kollegen heran, erklärte ihm, wenn er auch für den geringeren Preis arbeiten wolle, könne er weiterarbeiten. Die Forderung wurde von dem Arbeitgeber mit dem Hinweis begründet, daß auch die Sozialdemokraten unter Tarif arbeiteten. Unser Kollege tat dies nicht, und wurde deshalb auf die Straße gesetzt, weil er nicht unter Tarif arbeiten wollte. Die Firma Schwahn soll ebenfalls den Christlichen den Vorzug gegeben haben; dort soll mit verschwindenden Ausnahmen unter Tarif gezahlt werden. Wir geben zu, daß dort Missstände in dieser Hinsicht herrschen, leider haben wir keinen Einfluß auf die Kollegen, die dort arbeiten, gehören auch unserem Verbande nicht mehr an. Gern wollen wir mitarbeiten, dort andere Verhältnisse zu schaffen. Zu bedauern ist, daß die Sozialdemokraten auf ihre Tariffreiheit nicht stolz sein können und die Durchführung des Vertrages erschweren. Wir hielten es für bedeutend besser, gegen derartige Missstände gemeinsam vorzugehen, um dieselben zu beseitigen, als dieselben einseitig der Offenheit preiszugeben und den Arbeitgebern Material zu liefern. Wir erwarten von den Artikelstreibern, wenn sie es ehrlich meinen mit der Vertretung der Arbeiterinteressen, daß sie uns wahrheitsgetreue Antwort geben. Weitere Missstände anzuführen halten wir bei der jetzigen Situation, trotzdem uns nachhaftig Material über die „Tarifstreue“ der freigeorganisierten Fliesenleger zur Verfügung steht, nicht für angebracht. Wer es ehrlich mit den Interessen der Arbeiter meint, gebe nicht dem Gegner Material, sondern lege mit Hand an, damit Besserung erzielt wird.

**Maurer.**

**Sid,** den 12. Januar 1908. Heute fand hier eine Versammlung statt. Bezirksleiter Kollege Lange hielt einen sehr interessanten Vortrag über die Verhandlungen und die Bedeutung des Zweiten Deutschen Arbeiterkongresses. Er schilderte zunächst die Verhältnisse, unter denen der Erste Deutsche Arbeiterkongress im Jahre 1903 in Frankfurt zusammentrat, die Forderungen des ersten Kongresses, und kam dann auf die imposante Tagung in Berlin zu sprechen. Außer den Forderungen hob er besonders die starke Enttäuschung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervor, und den dadurch gewonnenen Einfluß, sowohl auf wirtschaftlichem, als auch auf politischem Gebiet. Diesen Einfluß, den wir durch die christlichen Organisationen gewonnen haben, gelte es zu erhalten und zu vermehren. Dazu müßten alle ohne Ausnahme mitarbeiten. Mit spannender Aufmerksamkeit lauschten die Kollegen dem Vortrage. Auch streifte der Redner die Vorgänge der Tarifkündigungen durch die kartellierten Arbeitgeberverbände von Rheinland und Westfalen, sowie Mitteldeutschland und anderen Großstädten. Bei Punkt Verschiedenes wurden die Frage der Extrabeiträge und Hinterbeiträge Klargestellt. Die Versammelten waren alle darin einig, sowohl die Extra- als auch die Agitationsbeiträge zu haben. Einige Kollegen regten das Baudelegiertenwesen an. Man sprach sich allgemein dahin aus, dafür zu sorgen, daß von jetzt ab an allen Baustellen ein Baudelegierter gewählt werden solle. Kollege Bierich aus Andernach gab bekannt, daß die christlichen Gewerkschaften in Andernach ein Konjunktgeschäft eröffnet haben. Im dem Unternehmen können sich auch die Kollegen von Sid beteiligen. Er machte einige Bestimmungen des Konjunktvereinsstatuts bekannt. Mehrere Kollegen übernahmen die von Kollegen Bierich mitgebrachten Bücher. Nachdem noch eine Frage bezüglich Rechtschulung besprochen und Kollege Lange zugesagt, sich dieserhalb an den Zentralvorstand zu wenden, wurde die gut verlaufene Versammlung geschlossen.

**Geilau.** Am 25. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Kassierer erstattete den Kassenbericht vom verfloffenen Jahre, welcher für gut befunden wurde. Wir haben einen erfreulichen Aufschwung unserer Zahlstelle zu bemerken. Dieselbe zählte am Jahresschluß 60 Mitglieder und stehen sich in der Generalversammlung wiederum 16 aufzunehmen. Begründet wurde die Zahlstelle im Oktober v. J. In den Vorstand wurden gewählt: Als erster Vorsitzender W. Schang, als zweiter Vorsitzender A. Herr, als erster Kassierer R. Gerheim, als zweiter Kassierer M. Knab, zu Schriftführern F. Daubach und J. Dubnitsch, als Revisoren W. Gerheim und A. Mübels. Mit der Aufforderung zu energischer Verbandsarbeit fand die Versammlung ihr Ende.

**Sülzerlosh.** Am 19. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt, zu der unser Bezirksleiter Kollege Werner als Paderborn erschienen war. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Abrechnung vom letzten Quartal, 2. Vorstandswahl, 3. Vortrag des Kollegen Werner über: „Kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften.“ Die vom Kassierer F. Bekord verlesene Abrechnung war von den Revisoren für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Die Mitgliederbewegung war folgende: Am Schluß des Jahres 1906 betrug die Zahl 13, und am Schluß 1907 91 Mitglieder. Die nun erfolgte Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Kollege C. Unger als erster, Kollege E. Wanje als zweiter Vorsitzender, Kollege F. Bekord als erster, Kollege D. Scheele als zweiter Kassierer; Kollege C. Wam als erster, Kollege Westphalenweg 1 als zweiter Schriftführer; Kollege Franke und Wulhorn als Revisoren. Die Kollegen nahmen die Wahl mit

Dank an und versprachen, nur im Interesse der guten Sache zu wirken. Der nun gehaltene Vortrag des Kollegen Werner fand reichen Beifall, und ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, über das Gehörte nachzudenken und daraus zu lernen. Mit einem ernten Mahnwort des Vorsitzenden, doch die Versammlungen fleißiger zu besuchen, schloß er um 1/27 Uhr die Versammlung.

**Hamm-Norden.** Am 26. Januar hielten wir unsere erste Generalversammlung seit der Gründung unserer Zahlstelle, die im September 1906 erfolgte, ab, zu der Kollege Fischer (Hamm) erschienen war. Die Versammlung, welche gut besucht war, wurde von dem Vorsitzenden mit einer herzlichsten Begrüßung der Erschienenen eröffnet. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Jahresabrechnung, 2. Neuwahl resp. Umwahl des Vorstandes, 3. Neuwahl von zwei Kartelldelegierten, 4. Verschiedenes. Der Kassierer Kollege Gerhard Fischer gab den Bericht über die Abrechnung von 1907, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden war, hierauf wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Hermann Müllers als erster und Kollege Harhoff als zweiter Vorsitzender gewählt. Als Kassierer Kollege Gerhard Fischer und als zweiter Kollege Ferdinand Bäder, als Schriftführer Kollege Bernhard Hartmann. Alle Kollegen nahmen dankend die Wahlen an und versprachen ihren Posten nach Kräften auszufüllen. Zu Kartelldelegierten wurden gewählt Kollege Müllers und Hartmann. Zu Punkt 4 äußerten mehrere Kollegen den Wunsch, die Versammlung zu verlegen, da sie dann auch in Hamm den Versammlungen beiwohnen könnten. Diefelben wurden dann verlegt auf den ersten und dritten Samstag im Monat. Hierauf ergriß Kollege Fischer (Hamm) das Wort. Selbiger verbreitete sich über die Entstehung der christlichen Gewerkschaften, ihre rapide Entwicklung, sowie die Erfolge, die durch die christlichen Gewerkschaften errungen worden sind. Er legte den Kollegen ans Herz, mit dem Vorstand Hand in Hand an dem Ausbau unserer Organisation zu arbeiten, damit wir mit vereinten Kräften in der kommenden kritischen Zeit unserm Gegner gegenüberzutreten können. Mit der Aufforderung zu eifrigem Versammlungsbesuch und engerer Agitation schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf das Wohl und Gedeihen des Zentralverbandes die Versammlung.

**Krefeld-Östl.** Nach langen Bemühungen ist es gelungen, unsere Zahlstelle wieder zu errichten. Vor zwei Jahren hatten wir eine Zahlstelle mit 31 Mitgliedern, die jedoch durch die Arbeitslosigkeit wieder einging. Nachdem ein Stamm von 16 Kollegen sich wieder gebildet hat, die der Zahlstelle in der Altstadt angegeschlossen sind, glaubten die Kollegen, auch hier die Zahlstelle wieder zu errichten. Am 25. Januar fand hier eine Versammlung statt, in der man die Gründung beschloß. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Vorsitzender: Peter Keller; Kassierer: Peter Jäger; Schriftführer: Joseph Kemmen. Nachdem noch zwei Hauskassierer gewählt waren, ging man dazu über, ein Programm aufzustellen für eine Reihe von Vorträgen in den einzelnen Versammlungen. Jedes Mitglied bekommt ein solches Programm ausgehändigt. Die Vorträge wird Kollege Schwarz (Krefeld) halten, und zwar jeden dritten Samstag im Monat. Kollegen! Jetzt liegt es an uns, dafür einzutreten, daß bald alle Kollegen dem christlichen Bauhandwerkerverband wieder angegeschlossen sind. Der Organisationsgedanke muß wieder Platz greifen und hinausgetragen werden in die große Masse. Gewerkschaftliche Schulung ist erforderlich, um bahnbrechend wirken zu können. Auf zur tatkräftigen Mitarbeit!

**Martolfstein.** Unsere am 5. Januar stattgefundene erste Generalversammlung, die leider sehr kurz besetzt war, wurde vom Lokalbeamten Bödler aus Nürnberg geleitet. Der Vorsitzende Singer gab den Jahresbericht bekannt. Die Mitgliederzahl im Jahre 1906/07 betrug 28; ausgetreten sind 29, aufgenommen im Jahre 1907 21. In die Verwaltungsstelle Nürnberg wurden gesandt 92,90 Mk.; der Lokalfondsbestand beträgt 18,95 Mk. Gewählt wurden die Kollegen Singer als 1. Amon als 2. Vorsitzender, Klostermeier als Kassierer und Böhm als Schriftführer; als Revisor Schneider und Hoffmann; als Revisoren Grau und Müller.

**M.-Glabbach.** Gegen die Akordarbeit müssen auch wir wieder einmal Stellung nehmen, da sich dieselbe im vergangenen Sommer hier in ihrer schönsten Blüte gezeigt hat. Die hiesige Stadt wird gegenwärtig mit den Nacharbeitern Rhendi und Odenkirchen kanalisiert. Wie bei allen derartigen Militationsarbeiten, so haben auch hier die Weltfirmen diese Arbeit übernommen. Für M.-Glabbach ist es die Firma Paul Schmidt Sohn aus Worms, welche fast sämtliche Arbeiten ausführt. Diese Firma vergibt nun das Mauern der Kanäle an die einzelnen Vorarbeiter im Akford. Im Laufe des letzten Sommers ist es nun vorgekommen, daß Arbeiter am Lohnstage ihren verdienten Lohn nicht erhielten, sondern mitunter zwei bis drei Tage warten mußten. Ob nun nicht genügend Arbeit geleistet oder ob der Vorarbeiter im Voraus zuviel Abschlag erhalten, konnten wir nicht feststellen. Eine Anzahl Klagen, gegen die Firma resp. Vorarbeiter, die das hiesige Gewerbegebiet beschäftigt, geben Zeugnis davon, daß, wenn die Arbeiter zu ihrem Recht kommen wollten, sie zu Klagen gezwungen waren. Eine Klage nun, die in den Weihnachtstagen zum Auszug kam, setzt allem die Krone auf. Wollten da kurz vor Weihnachten einige Kollegen abreisen und wollen abends ihr Geld in Empfang nehmen. Sie erpauerten nicht wenig, als ihnen statt des Vorarbeiters der Geschäftsführer der Firma ausbezahlt und ihnen für jede Stunde, die sie in den letzten 14 Tagen gearbeitet hatten, 10 Pf. in Abzug brachte. Auf ihre Frage, warum dies geschehe, kam die prompte Antwort, der Vorarbeiter ist mit seinem Akford nicht herausgekommen. Unserm Verbandsvertreter erklärte der Vorarbeiter, über dieses Zeit Arbeit habe er keinen Betrag. In der Vergleichsstammung am Gewerbegericht erklärte der Vertreter der Firma, der Vorarbeiter sei selbständiger Unternehmer, zahle Kranken-, Invaliden- und Unfallbeiträge und hätten sie keinen Einfluß auf die einzelnen Arbeiter. Wenn man diese beiden Aussagen gegeneinanderhält, so gelangt man zu der Ueberzeugung, einer hat nicht die Wahrheit gesagt, und jeder verurteilt es auf diese Weise sich vom Zahlen zu drücken. In der Spruchkammerung sagte der Vertreter der Firma wieder so aus wie oben, und hätten die Leute in den letzten Wochen nichts geleistet. Die Firma hätte bei den 60 Pf. pro Stunde, die sie gezahlt habe, noch 123 Mk. zugezahlt, während die andern Vorarbeiter pro Stunde 90 Pf. bis 1 Mk. verdienen. Nach diesen Aussagen haben also die Leute 90 Pf. pro Stunde verdient, unsere Kollegen dagegen erhielten 70 Pf. Stundenlohn; in die Tasche des Vorarbeiters fließen also 20 Pf. Dafür hatte dieser Mann die Aufgabe, diese Leute anzutreiben und unsere Kollegen müßten schützen. Leider gibt es noch eine Anzahl Verurteilten, die immer noch nicht begreifen können, wie sich diese Vorarbeiter auf ihre Kosten mühen, wie es andererseits traurig ist, daß sich auch unter uns Arbeitern immer noch Leute finden, die es versuchen, ihre Kollegen auszubeuten. Auf eine Klärung möchten wir noch hinweisen, die der Geschäftsführer der Firma einem Vorarbeiter gegenüber tat, als der Vertreter der abgereisten Kollegen auf dem Bureau das Geld holte. Er sagte: im nächsten Jahre unterzeichnet ihr mir alle einen Vertrag, woraus hervorgeht, daß ich nichts mit den Leuten zu tun habe, sondern ihr (die Vorarbeiter) bloß maßgebend seid. Wir richten hiermit an alle Kollegen die Bitte, ganz besonders an die Kollegen von Düdingen, welche ja hauptsächlich bei der Firma arbeiten, wenn sie in diesem Jahre wieder bei dieser Firma in Arbeit treten sollten, die Augen offen zu halten. Es kann ihnen sonst sehr leicht passieren, daß sie, wenn die 14 Tage herum sind, nichts erhalten, da der Vorarbeiter mit

seinem Afford nicht herausgekommen ist. Aufgabe unserer Orga- nisation wird es sein, durch Aufklärung über die Affordarbeit dieser Schmarotzerpflanze unseres Berufes das Wasser abzu- geben.

Vaals b. Aachen (Holland). Sonntag, den 19. Januar, fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Dieselbe war auch schwach besucht. Der Vorsitzende, Kollege Pelzer, tadelte zunächst die Lauheit der Kollegen in bezug auf Ver- sammlungsbesuch und ging sodann zur Tagesordnung über. Der Kassierer, Kollege H. Heinen, legte den Kassenbericht ab, den die Revisoren für gut erklärten; alsdann wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: erster Vorsitzender Hub. Pelzer, zweiter Karl Sparta; Kassierer H. Heinen; erster Schriftführer Wilh. Frings, zweiter H. Biermann. Als diesjährige Revisoren wurden die Kollegen Frings u. Schoonbrodt wiedergewählt; als Kartell-Delegierte die Koll. H. Heinen und K. Sparta. Zu Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, die monatlichen Versammlungen am dritten Sonntag eines jeden Monats, nachmittags 2 Uhr, abzuhalten, und zwar, wenn möglich abwechselnd, eine in Vaals und eine in Lemiers (Vaals), weil aus letzterem Ort ein gut Teil Kollegen unserer Ortsgruppe angehören. Der Vorsitzende ermahnte noch- mals die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen und schloss sodann die Versammlung.

Wartha (Schl.). Am Sonntag, den 19. Januar, hielten wir eine Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung bei der Zahl- stellen von Wartha ab. Auch der Vorsitzende des Ortsartels von Frankenstein, Kollege Schneider, war anwesend. Es wurde die Abrechnung vom 4. Quartal 1907 gegeben. Beschlossen wurde, die nächste Versammlung in Wartha abzuhalten. Auch im nahen Gabersdorf soll kommendes Frühjahr mit der Agitation einge- setzt werden. Wir haben in Wartha auch das Glück, einen Arbeiterverein (Eich Berlin) zu haben. Damit werden wir wohl noch manchen Kampf auszufechten haben. Jetzt ist es nötig, daß die christlichen Gewerkschaften ihre Reihen schließen und mit einer tüchtigen Agitation einsetzen. Unter die Arbeiterchaft von Wartha muß Aufklärung gebracht werden. Jeder Arbeiter soll zur Wahrung seiner religiösen Interessen einem konfession- nellen Arbeiterverein beitreten und zur Wahrung der wirtschaft- lichen Interessen den christlichen Gewerkschaften. Denn nur selbständige, von Arbeitern geleitete Organisationen, können den Arbeitern am ehesten zu ihrem Rechte verhelfen. Wir wollen keine einseitige Organisation, wie die kathol. Fachabteilungen, welche die Angehörigen der anderen christlichen Konfessionen ausschließt. Das dient nicht dem Frieden. Darum, alle Arbeiter von Wartha und Umgegend, tretet Mann für Mann den christ- lichen Gewerkschaften bei. Erscheint alle zur nächsten Ver- sammlung, wo Kollege Gloger aus Breslau als Redner er- scheinen wird.

### Aus Arbeitgebervereinigungen.

Ein Arbeitgeberverband für das Baugewerbe für Straubing und Umgegend wurde am 21. Januar in Straubing gegründet. Derselbe umfaßt die Bezirksämter Straubing, Vogen, Plattling, Deggenhof, Regen, Zwickel, Wallersdorf, Wiedlach, Landau a. S. und Köppling. Zum Vorsitzenden wurde Architekt Hans Denbl in Straubing gewählt. Der Verband schloß sich dem südbayerischen Bezirksverband an.

### Soziales.

#### Ergebnisse der Invalidenversicherung für das Jahr 1906.

Die dem Reichstage zugegangene Nachweisung umfaßt die Inva- lidenversicherungsanstalten und 9 zugelassene Kasseneinrichtungen, die im Jahre 1906 auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes bestanden. An Wochenbeiträgen wurden bei den 31 Invaliden- versicherungsanstalten rund 640 Millionen Stück verwendet, die einen Erlös von 156 544 529 Mk. ergaben. Dievon entfielen auf polnische Arbeiter russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit rund 5,7 Millionen Wochenbeiträge im Werte von 473 883 Mk. Bei den Kasseneinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 13 581 641 Mk. Bei der Abrechnung für das Jahr 1906 wurden 135 193 Renten als im Jahre 1906 zugegangenen behandelt, nämlich 111 885 Invalidenrenten, 12 569 Krankenrenten und 10 739 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 162,88 Mk., 163,29 Mk. und 160,80 Mk. Beitragserwartungen wurden im Jahre 1906 festgesetzt bei 153 224 Heiratsfällen, 710 Un- fällen und 32 827 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Betrag auf 37,70 Mk., 78,46 Mk. und 80,41 Mk. stellt. Auf diese reichs- gegliederten Einzugsleistungen wurden allein zu Lasten der 40 Ver- sicherungsträger, also ohne den Anteil des Reichs, im Rechnungsjahre 1906 102 651 360 Mk. gezahlt, und zwar an Renten 94 215 214 Mk., an Beitragserwartungen 8 436 145 Mk. Die hierzu noch tretende Leistung des Reichs belief sich auf 48 757 607 Mk. Für das Heilverfahren wurden 13 465 262 Mk. aufgewendet; hierbei sind die von Krankenkassen, von Trägern der Unfallversicherung und von anderer Seite gezahlten Kostenzuschüsse in Höhe von 3 478 139 Mk. bereits in Abzug gebracht. Der obige Betrag umfaßt u. a. die Unterhaltungen an Angehörige der in Heilbehandlung genommenen Versicherten in Höhe von 1 157 239 Mk. Darüber hinaus wurden aber noch weitere 754 162 Mk. gewährt. Die gesa- mten Ausgaben für Invalidenversicherungsleistungen beliefen sich auf 590 563 Mk. Diervon wurden durch Einbehaltung der Renten der Pflanzlinge 153 719 Mk. erspartet und durch Zuschüsse von anderer Seite 29 059 Mk. erzielt, so daß den Versicherungsträgern eine Reinausgabe von 707 734 Mk. erwuchs. Insgesamt haben sich im Jahre 1906 die Einnahmen auf 214 583 183 Mk., die Ausgaben auf 133 597 752 Mk. beziffert, so daß sich ein Vermögenszuwachs von 80 985 431 Mk. ergibt. Am Schlusse des Jahres 1906 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgegliederte Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseneinrichtungen auf 1 313 525 1 Mk., wozu noch der Buch- wert der Inventarien mit 5 099 435 Mk. tritt. Von 1000 Mk. Vermögen waren 15 Mk. im Kassenbestande vorhanden, während 985 Mk. in Grundstücken angelegt waren. Die durchschnittliche Verzinsung des in Wertpapieren und Darlehen angelegten Teiles betrug 3,35 p. h. des Anlaufpreises.

### Gerichtliches.

Oberhausen (Hild.). Vor dem Landgericht in Duisburg fand der zwischen Kirchener-Oberhausen, Lokalbeamter unseres Ver- bandes, und dem Beamten des sozialdemokratischen Maurerver- bandes Werner, schwebende Beleidigungsvorwurf seine Erledi- gung. Der Angeklagte liegt folgender Sachverhalt zu Grunde. Im März 1907 veröffentlichte der Angeklagte (Werner) in Nr. 12 der Monatszeitschrift seiner Gewerkschaft, dem zu Hamburg er- scheinenden „Grundstein“ unter der Überschrift: „Mülheim- Oberhausen christliche Zentrenverkäufer“ einen mit jenem Namen unterzeichneten und von ihm eingeleiteten Artikel, in dem den Verbandsmitgliedern der christlichen Ge- werkschaft der Vorwurf des Verrates an ihren Mitarbeitern bezug der Arbeiterchaft gemacht wird, indem diese den von den Zentrenverkäufern zu Mülheim (Ruhr) eingerichteten Arbeits- nachweis durch Zulassung von Arbeitnehmern unterstützen. In diesem Artikel heißt es: „Denn aber Leute, die angeblich

Arbeiterinteressen zu vertreten, diese Institutionen noch prote- gieren und gutheißen, so sollte man es kaum für möglich halten. Und trotzdem ist es so. Unsere Pflicht ist es, diesen Verrätern an der Arbeiterchaft die Maske vom Gesicht zu reißen. Schon im vorigen Jahre erklärte der christliche Lokalbeamte Kirchner in Oberhausen: „Verlaßt euch darauf, im nächsten Jahre spielt ihr nicht mehr die erste Rolle bei Mülheim und überhaupt in ganz Mülheim.“ . . . geht es nicht auf graden, dann geht es eben auf krummen Wegen.“ Dachten unsere „Zentrenchristen“. . . . Inwiefern sie zur Gründung des obengenannten Arbeits- nachweises beigetragen haben, läßt sich heute noch nicht mit Sicherheit feststellen. Immerhin ist der Ausspruch Kirchners und die Agitationsweise von Pfeffer, Kirchner und Konsorten charakteristisch genug. Die Schamhaftigkeit dieser Menschen liegt klar zutage, aber trotzdem haben sie die Stirn und behaupten, daß sie den Arbeitsnachweis nicht anerkennen.

Über in recht „christlicher“ Zumperei versucht man . . . . Mit Hilfe dieser christlichen Kreaturen versucht man, die so schwer gekosteten Zentrarverbände, die bis jetzt einzig und allein für die Aufrechterhaltung des Tarifs in Mülheim ge- sorgt haben, an die Wand zu drücken. Was kümmert diese Sorte Arbeiterinteressenvertreter das Wohl und Wehe der Gesamt- arbeiterchaft. . . . Es fällt uns wirklich schwer, an die Ehrlich- keit dieser „ollen christlichen Seemänner“ zu glauben und die evtl. Lohnstreitigkeiten mit Leuten, deren Moral einen doppelten, ja dreifachen Boden hat, Hand in Hand zu gehen. Das eine sei aber dieser Gesellschaft gesagt: wenn sie von allen ehrlich denkenden Elementen mit Verachtung gestraft werden, so sollen sie sich nicht über Unzulässigkeit beklagen, sondern sollen be- denken, daß es die Früchte sind, die ihre Schandtaten haben reifen lassen.

Auf Grund dieser besonders dem Woll. Kirchner gegenüber gemachten Anschuldigungen, die jeder Tatsächlichkei- t entbehren, erhob Kirchner Klage vor Gericht gegen den Verfasser obigen Artikels, und kam die Sache zum erstenmal am 30. August 07 vor dem Oberhausener Amtsgericht zur Ver- handlung. Das Urteil lautete:

Der Angeklagte (Werner) ist der öffentlichen Beleidigung schuldig und wird deshalb unter Auflegung der Kosten des Verfahrens mit 50 Mk. Geldstrafe, im Nichtbezahlungsfalle mit 5 Tagen Gefängnis bestraft. Auch wird dem Kirchner die Be- fugnis zugesprochen, die Beurteilung des Angeklagten binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils auf Kosten des Angeklagten je einmal in den Zeitungen „Der Grundstein“ zu Hamburg, und die „Baugewerkschaft“ zu Berlin, zu veröffentlichen. Auf die Widerklage wird der Privat- kläger von der Anklage der Beleidigung freigesprochen.

In der gerichtlichen Begründung des Urteils findet sich noch folgende Wendung: Mit Rücksicht auf die Erklärung des Privatklägers, daß es ihm weniger um die Höhe des Straf- maßes, als auf die Feststellung ankomme, daß er als Lokal- beamter der christlichen Gewerkschaft mit den Arbeitgebern und deren Arbeitsnachweis in Mülheim in keinerlei Einvernehmen stehe, oder gestanden habe . . . ist eine Geldstrafe von 50 Mk. als Sühne für angemessen erachtet worden, an deren Stelle für den Fall der Nichtbezahlung eine Gefängnisstrafe von je einem Tage für je zehn Mark angelegt sind. — — — Auch der Schutz des § 193 B.-G.-B. konnte dem Angeklagten nicht zugebilligt werden.

Gegen dieses Urteil legte Werner Berufung ein. Vor dem Landgericht in Duisburg kam folgender Vergleich zustande:

Der Angeklagte (Werner) behauert die gegen den Privat- kläger (Kirchner) gemachten Äußerungen und erklärt sie als unrichtig, weil er sie auf Grund falscher Mitteilungen er- fahren hat.

Der Privatkläger erklärt, daß er den Angeklagten mit den fraglichen Äußerungen nicht hat befehdigen wollen.

Der Angeklagte übernimmt die Kosten des Verfahrens. Hier- für wird dem Angeklagten Frist bis zum 15. Januar 1908 ge- setzt. Sind bis zu diesem Zeitpunkt die Kosten bezahlt, erklärt der Privatkläger die Privatklage als zurückgenommen. Der Angeklagte nimmt in diesem Falle die Widerklage zurück.

Der Kollege Kirchner ging auf den Vergleich vor dem Landgericht deshalb ein, weil der Angeklagte Werner bereit war, sämtliche Kosten zu tragen, die im Unvermögensfalle ev- sonst unserem Kollegen Kirchner zur Last gefallen wären. Denn es kam letzterem ja nicht auf eine Bestrafung Werners an, sondern auf eine f a c h l i c h e R i c h t i g s t e l l u n g, ein Stand- punkt, den unsere sozialdemokratischen Gegner vor Gericht nicht immer einnehmen.

Das ganze beweist einmal wieder, in welcher leichtsinniger Weise von sozialdemokratischer Seite die Ehre unseres Ver- bandes und unserer Führer beschmüzt wird, und wie vorsichtig unsere Mitglieder derartige Traktationen aufnehmen müssen.

### Von den Arbeitsstellen.

Berlin, den 30. Januar. Ein Gerüstesturz, bei dem zwei Arbeiter schwer, ein dritter leicht verletzt sind, ereignete sich auf dem Zwischenhofe des Hauses Helmstedter Straße. Ede Günkelstraße, in Wilmersdorf. Als die Ruher Wilhelm strell und Wilhelm Höten, sowie ein Mörtelträger in der Höhe der vierten Etage auf dem Gerüste arbeiteten, geriet es ins Wanken und brach zusammen, wobei die drei Arbeiter, sich mehrmals über- schlagend, aus der Höhe auf den hartgefrorenen Erdboden des Hofes hinabstürzten. Während der Mörtelträger mit leichten Verletzungen davonkam, wurden die zwei anderen Arbeiter, die beide verheiratet sind, in bewußtlosem Zustande nach der Unfallstation am Zoologischen Garten und von dort nach dem Moabitir Krankenhaus geschafft. Sie haben beide neben äußeren Verletzungen eine schwere Gehirnerkrankung erlitten. Die Ur- sache des Unglücksfalles ist bereits festgestellt worden. An dem Gerüst, das durch die Firma Rinke aufgestellt worden war, war eine der Hauptstützen noch nicht befestigt und glitt infolgedessen von der Wand ab. Der Fall wurde dem Gerüst dadurch ge- nommen.

Hannover. (Submission für den Neubau des Justizpalastes.) Die königliche Regierung schrieb für den Neubau des Justizpalastes am Volgersweg in Hannover die Lieferung der Sandsteinarbeiten für das Sodelgedäch im Wege der öffentlichen Verdingung aus. Der Beginn der Arbeiten hat im Mai d. J. zu erfolgen und behält sich die Bauleitung das Recht vor, das Objekt in einem oder mehreren Losen zu ver- geben. Die Preise der sich bewerbenden 26 Firmen waren folgende: 1. M. Rides-Köln 13 129,08 Mk.; 2. Christian Menning-Hannover 14 145,46 Mk.; 3. A. Lübeck u. Sohn-Bremle 15 322,10 Mk.; 4. E. Wöhler III-Stadtdorf 15 553,78 Mk.; 5. A. Hüting-Wiltenberg 15 863,35 Mk.; 6. Jakob Pidel u. Co.-Göttingen 16 167,07 Mk.; 7. Deutsche Stein-Industrie Wetter- Gimmann i. B. 16 173,98 Mk.; 8. D. Ploger-Berlin 16 254,60 Mk.; 9. Steinbruch, Alt-Ges., Köln 16 266,87 Mk.; 10. A. Arnold-Neigshausen 16 386,62 Mk.; 11. J. u. K. Dillig-Underach 15 661,79 Mk.; 12. Gebr. Spuhler-Münz i. B. 16 890,02 Mk.; 13. Verein Sandsteinwerke-Heilbronn 17 343,79 Mk.; 14. Gebr. Schönfeld-Blantenburg 17 354,30 Mk.; 15. W. u. F. Schulte-Rüll- burg 17 519,92 Mk.; 16. Oberfränkischer Sandsteinwerke-Dresden 17 590,56 Mk.; 17. Arnold u. Köh-Neigshausen 17 703,77 Mk.; 18. M. Seipold-Würzburg 18 039,33 Mk.; 19. Rheinische Sandstein- werke-Trier 18 893,— Mk.; 20. E. Wälthausen-Holtenjen 19 000,05 Mk.; 21. Steierlandsteinbrüche-Köln 19 826,52 Mk.; 22. Weine

u. Flemann-Mehle 19 958,29 Mk.; 23. Rudolf Schmidt- 19 990,31 Mk.; 24. Gemmelbach u. Co.-Baden-Baden Markt; 25. Frommberg u. Müller-Dresden 26 743,46 Mk.; 26. u. Wimmel-Wunzlau 28 927,09 Mk.

Mod. well 6. Halle, 28. Januar. Infolge des heftigen Stürzes auf dem Neubau der Annendorfer Papierfabrik ist gerüst zusammen. Vier Zimmerleute wurden unter den Trümmern begraben. Der Polier war sofort tot, ein zweiter Zim- mermeister auf dem Transport nach dem Krankenhaus. Die anderen wurden schwer verletzt.

### Briefkasten.

An mehrere. Der Zentralvorstand ist verpflichtet, Bemessung der Unterstüngen streng an das Statut zu halten und durch das Statut gegebenen Unterstüngen keine Bewilligungen erfolgen. In Zukunft können solche nicht mehr beantragt werden.

Nach Recklinghausen. Die Extrabeiträge müssen werden.

### Bekanntmachung der Redaktion.

Umständehalber konnte das Inhaltsverzeichnis der „Bau- gewerkschaft“ für den Jahrgang 1907 erst jetzt fertiggestellt werden. Selbe gelangt von dieser Woche an zur Verbenkung. Etwa- stellungen möge man an die Expedition der „Baugewerkschaft“

### Bekanntmachungen.

Mit der Abrechnung im Rückstande sind noch folgen- de Verwaltungsstellen:

- |                    |                      |                |
|--------------------|----------------------|----------------|
| Ahaus,             | Greifswald III, IV,  | Nordhorn,      |
| Arnsberg,          | Heinrode,            | Notthun,       |
| Barmen,            | Heideberg,           | Oberlogau,     |
| Berlin,            | Heilbronn,           | Offenburg,     |
| Berlin (Ruhr),     | Heiligenstadt,       | Pfaffensteden, |
| Beverenigen,       | Helferskirchen,      | Flaunhausen,   |
| Bodum,             | Helmstedt,           | Girnasen,      |
| Borghorst,         | Hötenleben,          | Mavensburg,    |
| Buchholz,          | Jarmen,              | Necklinghaus,  |
| Bühl,              | Jügendbach,          | Neigshausen,   |
| Coesfeld III, IV,  | Karlruhe,            | Reichenstein,  |
| Danneberg-Münster, | Kassel,              | Rudwig,        |
| Danzig,            | Kiel,                | Schliffeld,    |
| Derenthal,         | Kirchvorbis,         | Schrammberg,   |
| Diepholz,          | Landau,              | Echöbau,       |
| Dirschau (M.),     | Lechhausen,          | Schweidnitz,   |
| Dorpmund,          | Lingen,              | Siegen,        |
| Drieberg III, IV,  | Mannheim,            | Simmobach,     |
| Düsseldorf,        | Mogilno I-IV,        | Solingen,      |
| Emden,             | Murg III, IV,        | Strehlo,       |
| Essen (Stutt.),    | Mühlhausen (Elf.),   | Ulm,           |
| Fulda,             | München,             | Wilhelmshaf,   |
| Gnesen,            | Neustadt (Oberchl.), |                |
| Gohfeld III, IV,   | Reunied,             |                |

Die Bezirkssekretäre ersuchen wir, sich einen Auszug der Verwaltungsstellen zu machen und dafür zu sorgen, daß bis 15. Februar die Abrechnungen eingesandt sind. Nachher ein- zureichen bei der Veröffentlichung der Abrechnung nicht mehr möglich. Der Zentralvorstand

### Aufforderung!

Oberhausen. Kollegen, welche den Aufenthalt des M. Kollegen Bernard Watterott, geb. am 2. Januar 1861 in Neustadt, welcher zuletzt in Herne, vordem in Osterfeld tät- tigen, werden gebeten, die Adresse desselben dem M. W. Kirchner, Oberhausen, Wauerstr. 16, mitzut-

### Verwaltungsstelle Heideberg.

Den Vorständen und Kollegen der angeschlossenen Zabi- tieme zur Kenntnis, daß vom 1. März an nur noch Beitrags- mit 5 Pfg. Beitragszuschlag geleistet werden, wie schon im Jahr beschlossen, aber nicht ausgeführt wurde. Weiter erin- daran, daß in den Arbeitswochen der Wintermonate imbebi- 20 Pfgemig-Markten geleistet werden müssen. Die Kassierer sind verpflichtet, sofort die Beitragsmarken bei mir zu bestellen, dan- 1. März die Zahlstellen im Besitz derselben sind. Von jetzt- alles von mir zu beziehen.

gez. G. Raft, Vorsitzender, Blumenstraße.

Achtung! Sonntag, den 16. Februar, mittags 12 Uhr in Metabauer, im Lokale des Herrn Karl Gerz, Bahnhofs-

### Konferenz

sämtlicher Zahlstellen des Unterwesterwaldkreises statt. Jed- waltungs- bzw. Zahlstelle hat einen Delegierten auf eigene- zu senden. Mitglieder, welche auf eigene Kosten erscheinen, ihr Mitgliedsbuch vorzulegen.

### Tagesordnung:

1. Zentralisation der Zahlstellen des Unterwesterwald- und Vorstandswahl.
  2. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung.
- Fritz Haffe, Bezirksleiter,  
Frankfurt a. M., Frierische Gasse 3.

### Sterbetafel.

Am 23. Januar starb unser Mitglied Joseph Rosend im Alter von 31 Jahren an Lungenerkrankung. Zahlstelle Esse (Steinarbeiter).  
Am 25. Januar starb unser Mitglied Wilhelm G im Alter von 55 Jahren an Herzleiden. Zahlstelle Tüffeldorf (Mauerer).  
Am 29. Januar starb unser Mitglied Heinrich H im Alter von 37 Jahren an Nierenkrankheit. Zahlstelle Albagen (Westfalen).  
Ehre ihrem Andenken!

### Achtung! Horn.

Sonntag, den 9. Februar, nachmittags 1/24 Uhr, Ge- versammlung.  
Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Regelung der- träge. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes.  
Alle Mann müssen erscheinen. Mitgliedsbücher mitbrin- Der Vorstand